

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem sowohl politisch als auch wirtschaftlich schwierigen Umfeld hat die Europäische Union in den letzten Wochen grundlegende Weichenstellungen vorgenommen. Der Bestellung einer neuen Kommission für die nächsten fünf Jahre folgte Ende Oktober die Festlegung der energie- und klimapolitischen Ziele für den Zeitraum bis 2030. Die Erwartungen an die neue Kommission sind hoch, soll sie doch zum einen das in der administrationsverliebten Ära Barroso arg ramponierte Vertrauen der Menschen in das gemeinsame Europa wieder herstellen und zum anderen der Gemeinschaft sechs Jahre nach Lehman endlich neue wirtschaftliche Perspektiven vermitteln, Europa aus der Dauerkrise führen. Beides braucht vor allem eines – Willen zum Handeln, Leadership, etwas, das man der neuen Kommission durchaus zutraut. Sie muss es aber auch tun, Perspektiven und Ziele für das künftige Europa entwickeln und dabei auch unpopuläre Maßnahmen treffen. Maßnahmen, die europäische Interessen in den Mittelpunkt stellen und einseitigen Nationalismen wahrscheinlich klarer als bisher Grenzen aufzeigen.

Zumindest den Versuch einer gegenüber bisher größeren Ausgewogenheit zwischen wirtschafts- und energie- bzw. klimapolitischen Zukunftsentscheidungen muss man dem Europäischen Rat bei seinen jüngsten Beschlüssen zubilligen. Ohne wirklich nennenswerte Abstriche von den bisherigen, ambitionierten Energie- und Klimazielen gibt es doch deutliche Indikationen, dass der europäischen Politik auch Wirtschaftswachstum und die Erhaltung einer global konkurrenzfähigen Realwirtschaft ein bewussteres Anliegen als bislang sind. Allerdings ist mit den aktuellen Beschlüssen von Brüssel in Bezug auf die Behandlung der energieintensiven bzw. umweltsensiblen Industrie vorerst nur ein Rahmen abgesteckt. Vieles braucht noch Detailregelungen und erst dann wird man endgültig über die langfristigen Zukunftschancen der europäischen Industrie urteilen können – denn schon die Vergangenheit lehrt uns, die Krux liegt gerade in der Klimagesetzgebung im Detail. Raum für trickreiche Regelungen wird dabei jedenfalls nicht bleiben, denn eines sei aus dem letzten Aktionärsbrief wiederholt: „... entscheidend wird letztlich sein, ob es gelingt, der Sachgüterindustrie mit ihren langen Wertschöpfungsketten als dem Rückgrat von Beschäftigung und damit breitem Wohlstand eine dauerhafte Perspektive in Europa zu vermitteln.“ Der Ball liegt bei der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Als Unternehmen werden wir ihn in der Folge gerne aufnehmen.

Linz, 3. November 2014

Der Vorstand



Wolfgang Eder
Vorsitzender des Vorstandes



Herbert Eibensteiner
Mitglied des Vorstandes



Franz Kainersdorfer
Mitglied des Vorstandes



Robert Ottel
Mitglied des Vorstandes



Franz Rotter
Mitglied des Vorstandes



Peter Schwab
Mitglied des Vorstandes